

# Sächsisches Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 10 Pf.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486 — Stadtkassenkonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 35 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 70 Pf., unter Einbezug 1 RM. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familienanzeigen und Stellenangebote. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Seiteweise Nebenblätter: Banktags-Beilage, Zeichnungslisten der Staatsschuldenverwaltung, Holzpfannen-Verkaufslisten der Staatsforstverwaltung.  
Beantwortlich für die Redaktion: Oberregierungsrat Hans Block in Dresden.

Nr. 274

Dresden, Dienstag, 25. November

1930

## Der sächsische Haushaltsplan.

Der K. und L. Ministerium hat in seiner Sitzung vom 24. November den Entwurf eines Haushaltsplan für den Staatshaushalt auf das Rechnungsjahr 1930 und die Entwürfe des ordentlichen und des außerordentlichen Staatshaushaltplanes für das nächste Jahr genehmigt. Der Haushaltsplan zeigt die Entwürfe und die Aufstellungen der Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben des ordentlichen Haushalts gleiches Maß mit je 446,6 Mill. RM. aus. Die Entwürfe werden nach Prüfung und Genehmigung dem Landtag vorgelegt werden.

## Die Besprechungen des Reichskanzlers mit den Sozialdemokraten.

Berlin, 25. November.  
An der Besprechung mit dem Reichskanzler nahmen die Sozialdemokratische Partei, Müller, Dr. Reichardt, Dr. Hilferding und Dr. Schulz teil. Der Reichskanzler erklärte die sozialdemokratischen Forderungen zum Reichshaushalt, daß sie ihre endgültige Stellung zum Gesamtplan des Finanzprogramms davon abhängig machen würden, wie weit ihre Forderungen Berücksichtigung finden. Reichskanzler erklärte, daß er grundsätzlich und weitgehend Änderungen nicht zulassen könne. Die Besprechungen mit den sozialdemokratischen Führern werden in den nächsten Tagen noch fortgesetzt.  
Die Generalkonferenz des Reichstages tritt wie die Germania meldet, bereits heute zusammen, um Anträge der Kultur-, Wirtschafts- und sozialpolitischen Ausschüsse der Fraktion zu besprechen.

## Kommt eine neue Notverordnung?

Berlin, 25. November.  
Wie wir bereits berichteten, ist damit zu rechnen, daß die Besprechungen des Reichskanzlers mit den Parteiführern bis etwa Donnerstag bereits die notwendige Klarheit bringen werden, damit der Kanzler dann seine Entscheidung über die Intraffierung des Finanz- und Wirtschaftsprogramms fassen kann. Die Entscheidung, in welcher Form die Intraffierung erfolgt, liegt jetzt bei den Parteien. In den Besprechungen mit ihnen soll sich zeigen, ob sich eine parlamentarische Verständigung bis spätestens 22. Dezember also bis Weihnachten, ermöglichen läßt. Dabei ist die Regierung zwar bereit, Abänderungswünsche Rechnung zu tragen, die den Charakter und die Bedeutung ihres Programms nicht ändern oder schmälern. Sie legt aber allen Abänderungswünschen, die darüber hinausgehen, ein bestimmtes Nein entgegen.  
Wenn sich nun herausstellt, daß eine parlamentarische Mehrheit nicht gesichert erscheint, so wird das Programm zweifellos noch vor dem 2. Dezember, an dem der Reichstag wieder zusammentritt, durch Notverordnung in Kraft gesetzt werden. Es würde dann dem Reichstag überlassen bleiben, die Aufhebung der Notverordnung zu beschließen. In politischen Kreisen ist man aber der Ansicht, daß es den Parteien zum Teil selbst genehmer ist, vor vollendeten Taten stehen zu lassen, so daß in dieser Richtung keine ernstlichen Befürchtungen obwalten werden. Jedenfalls ergibt sich aus der gegenwärtigen Situation, daß das Reichskabinett das Gesamtprogramm mit aller Energie durchzuführen will.

## Urteil des Staatsgerichtshofs im Reichsbahnkonflikt.

Abweisung des Antrages des Reiches.

Leipzig, 25. November.

In der Verfassungsrechtsstreitsache zwischen dem Reich und den Ländern Baden, Bayern, Sachsen und Württemberg um die Benennung von Verwaltungsratsmitgliedern für die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich den Antrag des Reiches abgewiesen und dahin entschieden, daß auf Grund der zur Auslegung des Staatsvertrages über den Übergang der Staatseisenbahnen auf das Reich vom 30. April 1920 abgegebenen Erklärungen die Länder Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden das Recht haben, je ein Mitglied des Verwaltungsrats der Reichsbahngesellschaft zu ernennen.

## Rabinettsberatung über den polnischen Wahlterror.

Berlin, 25. November.

Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der in Oberschlesien durch den Wahlterror der polnischen Kutschubken gegen die deutsche Minderheit in Oberschlesien gemachten Lage. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, ist der deutsche Generalkonsul in Katowitz, der gleichzeitig Reichs- und Staatsvertreter ist, beauftragt worden, an Ort und Stelle Erhebungen über die gemeldeten Ausschreitungen gegen die deutsche Minderheit anzustellen. Nach Eingang seines Berichtes im auswärtigen Amt, der für heute, spätestens Mittwoch erwartet wird, wird die Reichsregierung prüfen, welche weiteren Schritte unternommen werden sollen auf Grund der Bestimmungen der Genfer Konvention über Oberschlesien und der anderen Minderheitenverträge, die die Freiheit der Wahlhandlung für die Minderheit sichern, wird gegebenenfalls in Genf Beschwerde eingelegt und verlangt, daß die nächste Völkerversammlung sich mit der Angelegenheit beschäftigen soll. Unabhängig von dieser Beschwerde läuft jetzt das Verfahren, das die deutsche Minderheit in Oberschlesien bei der gemischten Schiedskommission eingeleitet hat.

## Auswärtiger Ausschuss und Polen.

Berlin, 24. November.  
Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages wird in der nächsten Woche zusammentreten, um zu den Vorschlägen in Polen Stellung zu nehmen. Der Vorsitzende des Ausschusses, Staatsminister Dr. Fritsch, hat die Abfahrt des Ausschusses schon jetzt eingeleitet. Auf Einladung des Reichsaussenministers ist wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsvorleger führt, die Einberufung jedoch bis zur nächsten Woche

## Besprechung zwischen dem Reichskanzler, Dr. Curtius und Graf Bethlen.

Berlin, 25. November.

Der Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten hat Gelegenheit zu eingehendem Gedankenaustausch des Reichskanzlers und des Reichsministers des Auswärtigen mit Graf Bethlen gegeben. Hierbei wurde die gesamte politische Lage unter besonderer Berücksichtigung der deutsch-ungarischen Beziehungen im Vordergrund der Gespräche und Interessen erörtert. In den Besprechungen wurde die volle Übereinstimmung in der Beurteilung aller dieser Fragen und mit besonderer Betreffung des Nordostens der auf gemeinsamen Schicksal, auf gleichgerichteten politischen Zielen und auf enger kultureller Verbundenheit beruhenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Völkern festgestellt.

Eine wichtige Rolle spielen in den Unterhaltungen zwischen den deutschen und ungarischen Staatsmännern die wirtschaftlichen Probleme der beiden Länder im Rahmen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Es wurden in allgemeinen Zügen die verschiedenen Möglich-

keiten für eine Besserung des wechselseitigen Güterauslasses erörtert. Als Ergebnis dieser Besprechungen wurde verabredet, die Verhandlungen für den Abschluß eines Handelsvertrages Ende Februar oder Anfang März 1931 anzuknüpfen.

## Der preussische Ministerpräsident über die Korridorfrage.

Königsberg, 24. November.  
Der preussische Ministerpräsident Dr. Brauns ging in einer Rede bei der Grundsteinlegung zum Neubau der Handelshochschule auf den Korridorproblem ein und führte dazu u. a. aus:

Niemand wird dem polnischen Volk sein Recht auf staatliches Eigenleben bestreiten. Aber so wenig ich das an der polnischen Nation verüben möchte, so wenig ich es bei der polnischen Nation verüben möchte, ohne daß Ostpreußen vom Mutterlande losgerissen, Hunderttausende deutsche Volksgenossen ohne Befragung unter fremde Staatshoheit gebracht, wo sie jetzt schlimmen Terror ausgelebt sind oder gar aus ihrer Heimat verdrängt wurden.

Gegen dieses Unrecht werden wir immer protestieren, die gewalttätig durchgeführte, willkürliche, ungerechte neue Grenzziehung werden wir niemals als berechtigt anerkennen. Sie wird immer einen Stachel im deutschen Volkstücher bilden und einer weiteren Befriedung Europas hindernd im Wege stehen.

Ich bin in Berlin so freundschaftlich aufgenommen worden, daß ich davon wirklich gerührt bin. Ich ziehe daraus den festen Glauben, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Ungarn wie in der Vergangenheit so bestimmt auch in der Zukunft so gut und so warm sein werden, wie das unserer alten Tradition entspricht.

Auf die Frage nach dem Ergebnis der materiellen Renaissancen, die zugleich mit der Betonung dieser traditionellen Freundschaft mit der Berliner Reise des Grafen

Bethlen verfolgt wurden, erklärte dieser: Ich bin auch in dieser Beziehung durchaus zufrieden. Bis jetzt bestand sicher eine gewisse Bestimmung in Ungarn wegen der Schwierigkeiten, denen unsere Handelsbeziehungen in gewisser Weise unterworfen waren. Die Verhandlungen wegen eines Handelsvertrages waren nicht nur zeitweilig ins Stocken geraten, sondern fast unterbrochen. Jetzt haben wir ein feststehendes Datum und auch die Probleme sind in ihren großen Linien durchgesprochen worden und zwar in einer Weise, die die Interessen beider Staaten wahr. Ich bin jetzt überzeugt, daß danach ein Handelsvertrag zustande gebracht werden kann, dessen Ergebnisse mit beiderseitigem guten Willen von den beiden Parlamenten genehmigt werden können. Das wird sicher die Bestimmung wirtschaftlicher Beziehungen, von der ich eben sprach, befestigen und somit unsere Beziehungen noch viel inniger gestalten, was der aufrechte Wunsch der ungarischen Regierung ist. Graf Bethlen hat gestern Abend Berlin verlassen, um nach Budapest zurückzukehren. Der Reichspräsident überbrachte dem Grafen Bethlen zur Erinnerung sein Bild mit eigenhändiger Unterschrift.

## Festsetzung des Zinsfußes für Aufwertungshypotheken.

Berlin, 25. November.

Das Reichskabinett hat nach wiederholter Prüfung aller in Betracht kommenden Umstände in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, dem Reichsrat einen Bescheidungsantrag vorzulegen, nach dem der Zinsfuß für Aufwertungshypotheken vom 1. Januar 1932 ab auf 2 1/2 v. H. festgesetzt wird; das entspricht unter Berücksichtigung der bestehenden Verwaltungskosten dem Pfandbriefzins von 7 v. H. Die Bescheidung soll gleichzeitig mit dem Urteil dem Reichstag vorliegenden Gesetz über die Festsetzung des Zinsfußes für Aufwertungshypotheken mit Wirkung vom 1. Oktober 1930 in Kraft treten.

## Keine Auflösung der Berliner Nationalsozialistischen Partei geplant.

Berlin, 25. November.

Die Meldung eines Berliner Morgenblattes, daß der Parteipräsident von Berlin beabsichtige, im Zusammenhang mit den Zusammenkünften zwischen Nationalsozialisten und Arbeiterpartei im Eden-Palast die Nationalsozialistische Partei in Berlin aufzulösen, ist, wie wir aus Kreisen des Parteipräsidenten erfahren, falsch.

## Gründung der Deutsch-Spanischen Gesellschaft.

Berlin, 25. November.

Im Plenarsaal des Reichstages fand gestern Abend eine Gründungsfeier für die neugegründete Deutsch-Spanische Gesellschaft statt, deren Aufgabe es sein soll, die zwischen Deutschland und Spanien bestehenden Sympathien zu pflegen und zu vertiefen. Der Vorsitzende, Herr v. Rechenberg, betonte in seiner Begrüßungsansprache die Notwendigkeit guter Beziehungen zu Spanien. Die Deutsch-Spanische Gesellschaft sei kein politischer Verein, sondern erstrebe vor allem kulturelle und wirtschaftliche Ziele.

Der Direktor des Romanischen Seminars, Prof. Dr. Samlitscheg, betonte, Spanien habe Deutschland immer so herzlich willkommen entgegengebracht — auch in Zeiten der Not —, daß dem deutschen Volk durch Beiträge und andere Maßnahmen der Gesellschaft gute Kenntnisse von der spanischen Kultur und auch den Lebensnotwendigkeiten Spaniens vermittelt werden müßten, damit und die Sympathien des spanischen Volkes nicht verloren gingen. Präsident Prof. Dr. Schreiber, M. d. R., erläuterte die Kulturbeziehungen zwischen Deutschland und Spanien.

Reichsaussenminister Dr. Curtius wies gleichfalls auf die enge kulturelle und freundschaftliche Verbindung zwischen Spanien und Deutschland hin, deren uralte Tradition auch der Weltkrieg nicht habe unterbrechen können.  
Der spanische Botschafter de los Monteros dankte dem Reichsaussenminister Dr. Curtius für das besondere Interesse, das er für die Tätigkeit der Deutsch-Spanischen Gesellschaft durch seine Anwesenheit beweisen habe. Wenige Stunden hätten der spanischen Kultur eine so große Aufmerksamkeit entgegengebracht wie Deutschland. Die heutige Neugründung der Deutsch-Spanischen Gesellschaft